

Türkei

Günter Seufert

Jahrelang lauteten die Prognosen für die Türkei negativ, und selbst Befürworter einer türkischen EU-Mitgliedschaft konnten oft nicht daran glauben, dass die Beitrittsverhandlungen eines Tages wirklich aufgenommen werden würden. Auch in diesem Jahrbuch begannen die letzten beiden Beiträge zur Türkei mit Vorbehalt und endeten mit Skepsis.¹ Nur ein Jahr später scheint das Land die „kritische Schwelle“² im Demokratisierungsprozess überwunden zu haben. Der Direktor des Deutschen Orient-Instituts Udo Steinbach meint deshalb, dass sich eine Ablehnung des türkischen Beitrittswunsches heute nur noch mit den begrenzten Kapazitäten und den internen Problemen der EU begründen lasse und nicht mehr mit mangelndem Reformwillen oder mangelnder Reformfähigkeit des Kandidaten.³

Hauptanteil am bislang erfolgreichen Verlauf der Reformen hat die muslimisch-konservative Regierung der ‚Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei‘ (AKP) von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan. Wie bereits in der letzten Ausgabe des Jahrbuchs ausgeführt, ist sie die erste Regierung des Landes, die das eigene Interesse an einer Demokratisierung des Landes mit dem Beitritt zur Gemeinschaft verbunden hat. Die Demokratisierungspolitik der AKP richtet sich gegen weite Teile der alten, bürokratischen Elite, einschließlich Fraktionen im Militär, dem Hochschulwesen und der Richterschaft. Die alte Elite instrumentalisiert die Sorge um die territoriale und politische Einheit des Landes sowie Befürchtungen vor dem Wachstum islamistischer Bewegungen für den Erhalt bislang fragloser Privilegien und für die Begrenzung wirkungsvoller politischer Partizipation breiter Schichten.⁴

Noch im letzten Jahr hatte die islamistische Vergangenheit vieler führender Köpfe in der AKP die Legitimation der Regierung ebenso geschwächt, wie die Tatsache, dass sie im November 2002 ihre absolute Mehrheit im Parlament mit nur 34 Prozent des Stimmen errungen hatte – eine Folge des extremen Verhältniswahlrechts und der Zersplitterung der türkischen Parteienlandschaft. Premierminister Erdogan konnte jedoch an beiden Fronten Punkte machen. Die Partei befließigte sich einer klassisch liberal-konservativen Politik und vermied im Streit um Religion und religiöse Freiheiten alle Kraftproben mit den laizistischen Eliten. Trotzdem – oder gerade deswegen – vermochte es die Partei, bei den Kommunalwahlen Ende März 2004 ihre gesellschaftliche Basis weiter auszubauen. Sie steigerte ihren Stimmenanteil um acht Punkte auf 42 Prozent der Stimmen und stellt jetzt in 58 der 81 Provinzhauptstädte des Landes den Bürgermeister. Aktuelle Umfragen zufolge hat die AKP seither ihre Basis weiter konsolidiert und verfügt heute über 45

1 Vgl. Günter Seufert: Türkei, in: Werner Weidenfeld / Wessels, Wolfgang (Hrsg.) Jahrbuch der Europäischen Integration 2001/2002 und 2002/2003.

2 So wiederholt Außenminister Abdullah Gül, vgl. Republik Türkei, Generalsekretariat für EU-Angelegenheiten, http://www.tcberlinbe.de/de/archiv/2004/2004_O3_29_Politische_Reformen.pdf.

3 Udo Steinbach: Die Türkei und die EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 9. August 2003, S. 3-4.

4 Vgl. dazu Dietrich Jung: Turkey at the crossroads, Zed, London 2001, S. 111-127.

Prozent der Stimmen. Über siebzig Prozent der Türken halten außerdem unbeirrbar am außenpolitischen Hauptziel der Partei, der türkische EU-Mitgliedschaft, fest.⁵

Durch das Wählervotum gestärkt und zunehmend auch von liberalen Kreisen aus Industrie, Wirtschaft und Zivilgesellschaft unterstützt, konnte die AKP-Regierung eine neue Runde im Reformprozess einleiten. Das von ihr im Juli 2003 verabschiedete neue Nationale Programm griff „alle wesentlichen Vorbehalten der EU auf“, die im Zweiten Dokument zur Beitrittspartnerschaft formuliert worden waren und „erklärte sie zu von der Türkei zu erledigenden Aufgaben.“⁶ Am 19. Juli 2003 wurde ein sechstes und am 7. August 2003 ein siebtes ‚Harmonisierungspaket‘ verabschiedet. Für den September ist der Erlass des neuen Strafgesetzbuchs vorgesehen, welches das türkische Strafrecht in vielen Punkten – von der Gleichbehandlung der Geschlechter bis zum Umweltschutz und von der Bestrafung des Organhandels bis zur Sicherung der Durchsetzung von Bauvorschriften – dem europäischen Recht angleichen soll.⁷

Bruch mit sakrosankten Traditionen in der Zypernfrage und bei der Begrenzung des militärischen Einflusses auf die Politik

Mit ihrer neuen Politik in der Zypernfrage und mit der Beschneidung der Kompetenzen des Militärs hat die Regierung Erdogan in der letzten Berichtsperiode die größten Stolpersteine aus dem Weg geräumt.

Auf Zypern befürwortete sie gegen den Widerstand national-kemalistischer und extrem nationalistischer Kreise den Plan von UN-Generalsekretär Kofi Annan. Die Regierung beugte sich auch nicht dem Druck des Militärs, das Zypern zur unverzichtbaren strategischen Stellung für die Sicherheit der Türkei und die Wahrung türkischer Interessen im Nahen Osten erhoben hatte.⁸ Es ist dem persönlichen Einsatz Erdogans zuzuschreiben, dass selbst große Teile der auf die Insel eingewanderten Festlandstürken sich von Rauf Denktasch abwandten, der als Volksgruppenführer und Staatspräsident der nur von Ankara anerkannten Türkischen Republik Nordzypern dreißig Jahre lang jede Einigung blockierte.

Bei den am 24. April 2004 gleichzeitig im türkischen Norden und im griechischen Süden der Insel abgehaltenen Referenden stimmten die Türken mit 64,9 Prozent für den Plan Annans, der auch von der EU, den USA und der internationalen Staatengemeinschaft unterstützt worden war. Die hohe Ablehnung des Plans im griechischen Süden verhinderte jedoch die Vereinigung der Insel, beschädigte darüber hinaus die bisherige moralische Überlegenheit der Republik Zypern und macht es Brüssel schwer, von der Türkei weitere Zugeständnisse als Preis für die Aufnahme von Verhandlungen zu verlangen.

Was den Einfluss des Militärs betrifft, schufen die Forderung der EU, die Rolle der Streitkräfte den Verhältnissen in den EU-Mitgliedstaaten anzupassen, eine delicate Situation. Denn die starke Stellung des Militärs in der Verfassungsordnung ist der direkte Ausfluss der militärischen Machtergreifung vom 12. September 1980, und das Militär sieht

5 Auch in der Frage, mit welchem außenpolitischen Akteur die Türkei eng zusammenarbeiten sollte, liegt die EU mit 53 Prozent in der Gunst der Bevölkerung weit vor ‚den Turkrepubliken‘ (32%), ‚der Islamischen Welt‘ (24%) und den USA (9%). Pollmark-Studie, zitiert nach der Tageszeitung Radikal vom 23. Juni 2004.

6 Heinz Kramer: Die Türkei im Prozeß der Europäisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, a.a.O., S. 11. (Nationales Programm unter http://europa.eu.int/comm/enlargement/turkey/pdf/npaa_full.pdf).

7 Nach Auffassung der Menschenrechtsorganisation Mazlum-Der bringt das neue Gesetz im Bereich der politischen Freiheiten jedoch keine wesentliche Liberalisierung. Wochenzeitschrift Gerçek Hayat 19. August 2004.

8 So Generalstabschef Hilmi Özkök in einem Interview mit der Zeitung Radikal am 14. April 2004.

sich als Wahrer des laizistischen Regimes, gegen dessen Bedrohung durch Vorläuferparteien der AKP es zuletzt im Februar 1997 eingeschritten war.⁹

Bereits die Vorgängerregierung hatte erste, zaghafte Schritte zur Begrenzung der Macht des Militärs unternommen. Durch die Verfassungsänderung von 2001 war die Zahl der zivilen Mitglieder im ‚Nationalen Sicherheitsrat‘ (NSR) erhöht worden, und die Politik hatte fortan in diesem Gremium, über welches das Militär seinen Einfluss auf die Politik institutionalisiert hatte, eine numerische Mehrheit. Die weit ausufernden Kompetenzen des Generalsekretärs des NSR, ein hochrangiger General, blieben damals jedoch unangetastet, und der NSR fuhr fort, nahezu alle politischen Themen zu Fragen der Nationalen Sicherheit zu stilisieren und sich für Politik allgemein zuständig zu betrachten. Mit Hilfe eines großen Stabes ehemaliger Offiziere konnte der Generalsekretär des NSR direkt Verbindung zu allen Ministerien und untergeordneten Behörden aufnehmen und besaß außerdem das Recht, die Umsetzung der Beschlüsse des NSR zu kontrollieren. Da die Beschlüsse des Rates in der Regel den Willen der Armee widerspiegeln, konnte mit gutem Grund von einer Art Schattenregierung der Militärs gesprochen werden.

Das siebte Reformpaket vom 7. August 2003 hat die Kompetenzen des NSR erheblich beschnitten und insbesondere das Recht des Rates zur Kontrolle der Umsetzung seiner Beschlüsse aufgehoben. Der Verwaltungsapparat des Generalsekretariats wurde spürbar verkleinert und seine Abteilungen ‚Nationale Sicherheitspolitik‘, ‚Beziehungen zur Gesellschaft‘ und ‚Informationsgewinnung‘ aufgelöst.¹⁰ Der NSR musste außerdem seine Vertreter im Hochschulrat und im Medienrat zurückziehen, und der zeitlichen Abstand zwischen den einzelnen Sitzungen wurde von einem auf zwei Monate ausgedehnt. Am 25. August wurde außerdem mit Mehmet Yigit Alpogan, Botschafter der Türkei in Athen, der erste zivile Generalsekretär des Sicherheitsrats ernannt.¹¹

Die politische Kontrolle des Militärs ist mit diesen Reformen zwar noch nicht gegeben – noch immer regelt das Militär seine inneren Angelegenheiten ohne Einmischung der Politik – doch der Kontrolle des Militärs über die Politik ist die rechtliche Grundlage entzogen.

Teilerfolge bei der Verbesserung der Lage von sprachlichen und religiösen Minderheiten

Neben der steten Warnung, islamistische Reaktionäre könnten die säkularistische Verfassungsordnung des Landes beseitigen, fixiert sich die national-kemalistische Elite besonders auf die Gefahr des ethnischen Separatismus. Die einzige sprachliche Minderheit der Türkei, die nicht nur über relativ geschlossene Siedlungsgebiete verfügt, sondern auch nationale/nationalistische Bewegungen hervorgebracht hat und Ziele verfolgt, die von der Gewährung kollektiver Rechte, über regionale Autonomie bis hin zur Forderungen nach Eigenstaatlichkeit reichen, sind die Kurden. Jahrelang galt jegliche Behauptung kurdischer Sprache, Kultur und Identität als Kampfansage an die türkische Republik, und entsprechend schwer fiel und fällt Staat und Gesellschaft die Gewährung kultureller Rechte für diese Gruppe.

9 Entsprechende öffentliche Stellungnahmen von Spitzengenerälen sind nach wie vor an der Tagesordnung, so zuletzt am 6. August 2004 der Kommandeur der Bodentruppen Yasar Büyükanit.

10 Sivillesmeye geri sayım (Count down für die Übergabe an Zivile), Radikal 2. August 2004.

11 Alpogan gilt als Kenner der türkisch-griechisch-zypriotischen Beziehungen und soll eine erhebliche Rolle in der Zypernpolitik Erdogans gespielt haben. Vgl. European Turkish Union, Pressespiegel, 26. August 2004.

Bereits das dritte Harmonisierungspaket vom 9. August 2002 schaffte die gesetzliche Grundlage für die Erlaubnis von Kurdischkursen und kurdischen Sendungen im Fernsehen. ‚Kurdisch‘ wurde jedoch nicht beim Namen genannt, sondern die Rede war von „Sprachen, die die türkische Bevölkerung traditionell im Alltag spricht“.¹² Das selbe Paket sah außerdem vor, in den elektronischen Medien Sendungen in Minderheitensprachen zu erlauben.

Die Staatsbürokratie – vom Rundfunkrat bis zum Staatsfernsehen und vom lokalen Gouverneur bis zum Bildungsministerium – leistete jedoch in beiden Fällen hartnäckigen Widerstand. Erst im Januar 2004 konnten die ersten Kurdischkurse eröffnet werden, und erst im Juni 2004 wurden die ersten Sendungen in Minderheitensprachen ausgestrahlt. Bosniaken, Tscherkessen und Araber fanden sich von heute auf morgen mit Sendungen des Staatsfernsehens in ihrer Muttersprache konfrontiert, denn solche oder ähnliche Forderungen waren von diesen Gruppen nicht erhoben worden. Tatsächlich sind die Sendungen auf Serbokroatisch und Arabisch nur ein Schachzug der Bürokratie zur Beschneidung der Sendezeiten für Kurdisch.¹³

Doch hinsichtlich der Kurden geht es nicht nur um kulturelle Rechte. In seinem ‚Beschluss über die Grundsätze, Prioritäten, Zwischenziele und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit der Türkei‘ hat der Europäische Rat am 19. Mai allgemein die „Verbesserung der Lage im Südosten im Hinblick auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Chancen aller Bürger“ angemahnt.¹⁴ Wenige Wochen vor der Entscheidung über die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen wächst in der Türkei das Bewusstsein, dass damit auch die bedrückende Lage der Bürgerkriegsflüchtlinge gemeint sein könnte.¹⁵ Denn noch neun Jahre nach der ersten Verkündung eines einseitigen Waffenstillstands durch die separatistische kurdische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und 18 Monate nach der vollkommenen Aufhebung des Ausnahmezustands ist bisher nur ein Bruchteil der Kriegsflüchtlinge in die Dörfer zurückgekehrt, die von türkischen Militär bei der Bekämpfung der PKK geräumt worden waren.¹⁶ Unter anderem deshalb kann von einer Normalisierung der Verhältnisse im hauptsächlich kurdisch-besiedelten Südosten des Landes bisher weder in politischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht die Rede sein.¹⁷

Als ‚Minderheiten‘ erkennt die Türkei offiziell nur die kleinen nichtmuslimischen Gemeinschaften der orthodoxen und armenischen Christen sowie der Juden an. Da das türkische Vereins- und Stiftungsrecht die Gründung religiöser Organisationen nicht zulässt, sind sie als Immobilienstiftungen organisiert. Auf dem Höhepunkt des türkischen Nationalismus in den 30er Jahren waren Hunderte von Kirchenimmobilien enteignet worden und jahrzehntelang blieben Forderungen der Minderheitenstiftungen auf Rückgabe ungehört. Auch hier machte die AKP-Regierung erste Versuche zur Lösung des Problems. Ende 2003 jedoch waren von über 2.334 Anträgen der Minderheitenstiftungen erst 274 positiv

12 Vgl. Generalsekretariat für EU-Angelegenheiten a.a.O.

13 Vgl. Radikal vom 8. Juni 2004.

14 http://europa.eu.int/comm/enlargement/turkey/pdf/revised_ap_de.pdf.

15 Vgl. Hürriyet vom 26. August 2004.

16 Die Rechtsanwaltskammer Diyarbakir listet 3 211 Dörfer auf, die zwischen 1990 und 1997 zwangsgeräumt worden seien und spricht von drei Millionen Flüchtlingen. In 385 Fällen haben Flüchtlinge beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte auf Entschädigung geklagt. Radikal vom 30. August 2004.

17 Vgl. den Bericht der türkischen Stiftung TESEV (tesev.org.tr).

beschieden.¹⁸ Weitergehende Wünsche nach der Gewährung des Status' einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (auch für die zeitlich jüngeren protestantischen Gemeinden) sowie nach der Sicherung der Priesterausbildung werden jetzt erstmals ernsthaft diskutiert und die AKP setzt sich auch für die Wiedereröffnung des orthodoxen Priesterseminars auf der Istanbuler Insel Heybeliada (Chalki) ein.

Rechtlich ganz anders gelagert ist die Situation der muslimischen Gruppe der Alewiten, die circa 15 Prozent der türkischen Bevölkerung ausmachen sollen. Offiziell werden ihre Belange vom staatlichen Amt für Religiöse Angelegenheiten vertreten, das jedoch ausschließlich auf den sunnitischen Islam orientiert ist. Auch in diesem Fall war es die AKP-Regierung, die im siebten Paket eine Änderung des Baugesetzes im Parlament eingebracht und die Gebethäuser der Alewiten in diesem Bereich sunnitischen Moscheen gleichgestellt hat. Noch sind die offiziellen Regelungen für die nicht-muslimischen Minderheiten unbefriedigend und noch erfolgen die religiösen Aktivitäten der Alewiten in einer rechtlichen Grauzone. Der politische Wille zur Verbesserung der Lage der religiösen Minderheiten muss jedoch konstatiert werden und das gesellschaftliche Klima liberalisiert sich auch in dieser Hinsicht.

Europäisierung der Türkei und Religion

Die Reformfortschritte der Türkei zwingen die EU, sich erstmals ernsthaft mit dem muslimischen Kandidaten zu befassen. Konservative Stimmen meinen, Zugehörigkeit zum Islam und Integration in Europa schließen sich gegenseitig aus.¹⁹ Solche Positionen übersehen, dass es kein Zufall ist, dass eine gemäßigte, muslimische Partei demokratische Reformen auf den Weg bringt, die erstmals auch den nichtmuslimischen Minderheiten und den Muslimen von Minderheitenkonfessionen zugute kommen. Denn ein Großteil der politischen Unfreiheiten in der Türkei sind einem autoritären türkischen Nationalismus geschuldet, der sich streng säkularistisch definierte und sich am Nationalstaatsmodell Europas vor dem Zweiten Weltkrieg orientierte. Jede Liberalisierung der politischen Verhältnisse verschafft deshalb nicht nur den nichttürkischen und nichtmuslimischen Minderheiten Luft zum Atmen, sondern gewährt auch dem türkischen Islam mehr Raum. Die Hinwendung der türkischen Bevölkerung nach Europa und ihre Unterstützung für die gemäßigte Politik der AKP zeigen jedoch, dass dies kein Hindernis für Demokratisierung sein muss. Die Politik der AKP versöhnt die muslimische Gesellschaft mit dem säkularen Staat, schreibt Udo Steinbach und stellt fest, dass die Türkei nur dann eine Brücke zwischen Europa und der islamischen Welt sein kann, wenn es ihr gelingt, europäische Rechtsstaatlichkeit und Demokratie mit muslimischer Identität zu verbinden.²⁰ Die Voraussetzungen dafür sind heute stärker gegeben als je zuvor.

18 Radikal 14. Dezember 2003.

19 H.-U. Wehler: Verblendetes Harakiri: Der Türkei-Beitritt zerstört die EU, Aus Politik und Zeitgeschichte a.a.O., S. 6-8.

20 Udo Steinbach, a.a.O.

Weiterführende Literatur

- Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 9. August 2004 mit Aufsätzen von Udo Steinbach, H.-U. Wehler, Heinz Kramer, Bekim Agai, Asiye Öztürk und Ece Göztepe.
- Euro-Agenda/Avrupa Günlüğü N° 4 mit Beiträgen von Nuray Mert, A.G. Dönmez, Mustafa Aydın u. A., Berlin 2003.
- Jürgen Gottschlich: Die Türkei auf dem Weg nach Europa, Ch.-Links, Berlin 2004.
- Baha Güngör: Die Angst der Deutschen vor den Türken und ihrem Beitritt zur EU, Eugen-Diederichs-Verlag 2004.
- G. Seufert / Kubaseck, C.: Türkei, Geschichte, Politik, Kultur, C.H. Beck, München 2004.
- Günter Seufert: Islam und Staat in der Türkei, Studie N° 29, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2004.
- M. Strohmeier / Yalçın-Heckmann, L.: Die Kurden, Geschichte, Politik, Kultur, C.H. Beck, München 2003.
- Südosteuropa-Mitteilungen (der Südosteuropa-Gesellschaft, München) 1/2004 mit Beiträgen von Liselore Cyrus, Günter Seufert, Heinz Kramer, Gülistan Gürbey, Siegfried Schultz und Ç. Akkaya / Aver C.